

WDR 5 Morgenecho 05.04. 2001

GeschichtsVerleugnung: Die deutsche Politik drückt sich aus Rücksichtnahme auf die Türkei davor, den Völkermord an den Armeniern als solchen zu bezeichnen

Peter Josef Bock

Seit einem Vierteljahr herrscht Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich.

Unisono hatten türkische Politiker und türkische Presse aufgeheult, als die Nationalversammlung in Paris Mitte Januar die Vertreibung und Tötung von mindestens anderthalb Millionen Armeniern 1915 in Anatolien als das bezeichnete, was es war: nämlich Völkermord.

Diese Entscheidung werden die Türken den Franzosen nie vergeben, so das türkische Massenblatt Hünıyet.

Die wirtschaftlichen Folgen waren mehr als schmerzhaft für die französische Waffenindustrie: Ankara kündigte Lieferverträge im Wert von zig Millionen Dollar auf.

Das französische Parlament hatte ein türkisches Tabu verletzt; Der Genozid an den Armeniern wird bis heute in der Türkei geleugnet. Denn verantwortlich für diesen ersten großen Völkermord im vergangenen Jahrhundert war die Militärregierung um den bis heute hochverehrten Kemal Atatürk, den Gründer des modernen türkischen Staates.

Als Folge von Kriegswirren wird in der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung allenfalls der Tod von „zwei- bis dreihunderttausend Armeniern“ zugegeben.

Wer in der Türkei dagegen von Völkermord an den Armeniern spricht, der wird nach dem türkischen Strafgesetzbuch angeklagt. Nur wenige türkische Intellektuelle und Historiker haben bislang, meist im Ausland, den Völkermord als solchen benannt und darüber geschrieben.

Einer rührigen armenischen Lobby in aller Welt ist es zwar gelungen eine Reihe von Parlamenten kleinerer Länder und sogar das Europäische Parlament zur Anerkennung des Genozids zu bewegen. Aber als im vergangenen Herbst der US-Kongress über eine Armenien-Resolution zu entscheiden hatte, übte der türkische Ministerpräsident Ecevit soviel Druck auf Washington aus, dass der Entwurf sang- und klanglos zurückgezogen wurde.

Es sieht so aus, als wolle sich das politische Berlin gar nicht erst in eine solche Zwangslage bringen lassen. Gestern lag dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Eingabe vor, in der verschiedene Gruppen von Armenien-Freunden, zwei Wünsche an

das Parlament, seinen Präsidenten und den Bundespräsidenten formulierten:
„Erstens; Erkennen Sie die Tatsache des Völkermords an.
Zweitens: Fordern Sie die Regierung und den Gesetzgeber der Republik Türkei auf, die historische Tatsache des Völkermords anzuerkennen,"
Diese Petition wurde in nicht-öffentlicher Sitzung des Ausschusses an den Bundestag und die Regierung, genauer gesagt, an das Außenministerium weitergeleitet, allerdings mit der Empfehlung, die Eingabe, „im Sinne der Völkerverständigung" zu behandeln.
So weit die deutsche Politik mit dem Genozid an *den* Armeniern bisher befaßt war, ist „Völkerverständigung" stets als Kuschen vor der türkischen Seite praktiziert worden.
So erklärte die SPD-Abgeordnete Christa Lörcher im Namen des Auswärtigen Ausschusses „eine Anerkennung könnte bedeuten, dass ein zukunftsfähiger Dialog zwischen Türken und Armeniern erschwert „ werde.
Der Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir, Sohn türkische, Einwanderer, stellt sich zwar persönlich mutig" zu der Verantwortung der schrecklichen Ereignisse von 1915", fürchtet aber eine Debatte oder ein Beschluss im Bundestag, wäre, Zitat: „, alles andere als klug . Wir sollten niemandem in .Ankara bei der Suche nach neuen...Feinden helfen." Zitatende.
Und die Bundesregierung, so erst vor wenigen Tagen als Antwort auf eine kleine Anfrage, ist, so wörtlich
„der Ansicht, dass die Frage der Bewertung der Massaker an den Armeniern 1915/16 im Wesentlichen eine historische Frage und damit Gegenstand der Geschichtswissenschaft und in erster Linie Sache der betroffenen Länder Armenien und Türkei ist."
Fazit: Das politische Berlin nimmt offensichtlich innenpolitisch Rücksicht auf die hier lebenden Türken und vor allem auf deren publizistische Lobby, und außenpolitisch möchte man das fragile Verhältnis zur Türkei: nicht gefährden, Geteilte Moral: Man verurteilt offiziell das Abschlachten von Menschen in Ruanda oder in Ex-Jugoslawien als Völkermord. Aber man fürchtet sich geradezu den Genozid an den Armeniern so zu bezeichnen.